

Tod im Mittelmeer und das Bild Eritreas: Ein Blick hinter die choreografierte Darstellung totaler Unterdrückung

Nach dem 19. April 2015, an dem - bei einem wiederholten tödlichen Vorfall im Mittelmeer - mehr als 800 Flüchtlinge und Migranten ihr Leben verloren, erschienen in den großen britischen Zeitungen oder in ihren digitalen Ausgaben fast täglich Artikel über Eritrea. In der Tat ist Eritrea seit Jahren zu einem der wichtigsten Ausgangsländer von Flüchtlingen und Migranten, im Verhältnis zu seiner Gesamtbevölkerung, weltweit geworden. Unter den Bootsflüchtlingen, die von Libyen aus den Weg über das Meer antreten, ist die größte Gruppe oft die der Eritreer. Das Boot das am 19. April kenterte hatte - dem Vernehmen nach - 350 Eritreer an Bord. Zweifellos wird diese Auswanderungsbewegung von Vielem ausgelöst, was im Land falsch läuft - hinsichtlich der politischen und religiösen Freiheiten und Rechte aber auch mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die, die politisches Asyl beantragen geben als Grund im Allgemeinen die Verpflichtungen an, die mit dem obligatorischen National Service verbunden sind und die von 18 Monate auf unbestimmte Zeit verlängert wurden, und die als eine Form von Zwangsarbeit gelten.

Diese eindimensionale Darstellung Eritreas im Großteil der Medien und durch eine lautstarke Menschenrechts - Lobby die sich oft gegenseitig und zirkulär zitiert, gibt nicht nur ein verzerrtes Bild der Realitäten in Eritrea wider. Diese Darstellung behindert auch jede Suche nach einer in die Zukunft gerichteten politischen Lösung. Gleichzeitig fällt es schwer, all dies zu kritisieren, denn die Berichte über Menschenrechtsverletzungen entsprechen der Wahrheit, wie auch die jüngeren Entwicklungen von Entführung, Folter und Erpressung entlang verschiedener Routen der Flüchtlinge und Migranten. Letztlich will angesichts all dessen niemand etwas gegen die Veröffentlichung von Menschenrechtsverletzungen einwenden.

Diese verengte Darstellung Eritreas, die fast jede unabhängige Forschung vereinnahmt, prägt nicht nur ein Bild Eritreas in der Öffentlichkeit - das eines weiteren Katastrophengebietes Afrikas - es fokussiert den Blick auch ausschließlich auf die Zeit nach 2001, gerade so, als ob es seither keinerlei Entwicklungen gäbe. Dementsprechend wird uns ein quasi umgekehrtes „Ende der Geschichte“ vorgeführt, das ein Leben in Eritrea unmöglich macht. Real war die Entwicklung aber immer schon sehr im Wandel. Deshalb ist es angebracht, die gängige Darstellung Eritreas zu hinterfragen. Sie basiert auf dem erstarrten Bild eines Staates im Belagerungszustand, über den Eritrea sich aber hinausbewegt hat.

Bleiben wir zunächst bei den jüngsten Medienberichten, die auf die vielen Ereignisse im Mittelmeer folgten, bei denen Flüchtlinge und Migranten starben oder gerettet wurden. Hierbei ist die erste bemerkenswerte Beobachtung: die meisten Artikel berichten, Eritrea sei ein abgeriegeltes Land, das Journalisten nicht besuchen könnten und allein deshalb sei es unmöglich zu wissen, was genau vor sich gehe. Dass dies nicht der Fall ist beweisen die Drehgenehmigungen, die in jüngster Zeit Sendern aus Deutschland, der Schweiz, und der BBC erteilt wurden. Der Bericht der BBC zeigte einerseits deutliche Verbesserungen im Gesundheitswesen und andere Entwicklungsfortschritte im Lande. Andererseits lässt er auch einige zu Wort kommen, die Eritrea verlassen haben und im Land inhaftiert und gefoltert worden waren; er diskutiert die Frage der Pressefreiheit mit Regierungsmitglieder, und kritisiert die Art wie der Besuch einzelner Drehorte geplant und überwacht wurde. Alles in allem ist der Bericht der BBC ausgewogen und kritisch, er wird aber in den Medien weitgehend ignoriert. Stattdessen wird Eritrea wieder in bekannter Weise dargestellt: Die abgeriegelte Diktatur, von der wir nur Kenntnis durch die Berichte jener haben, die geflohen sind - ohne deren Motive zu hinterfragen, oder auch nur die Widersprüche in ihren Schilderungen zu analysieren. Geht es um Eritrea, so scheint jede journalistische Sorgfaltspflicht zu versiegen. Ein Kommentar in der online Ausgabe des Guardians aus jüngerer Zeit ist hierfür typisch. Die Überschrift lautet: „Flüchtlingskrise im Mittelmeer: warum redet niemand über Eritrea?“ Darin wird festgestellt: „Im Land mit der intensivsten Zensur“ sehen sich die Bürger vor die „schwerwiegende Wahl“ gestellt zu wählen zwischen einem „Leben im Elend und der Todesgefahr auf der Flucht“. In einem anderen Artikel wird behauptet, dass die „vernichtende Unterdrückung“ Eritreer „in die Flüchtlingsboote treibt“. Interessanterweise erscheinen all diese Artikel unter dem Thema der Migration. Dies entspricht der Diskussion in

Großbritannien, in der nicht mehr zwischen Asylsuchenden, Flüchtlingen und Einwanderern unterschieden wird; was letztendlich die Rechte all jener untergräbt, die vor Verfolgung fliehen.

Lassen wir dies aber zunächst beiseite. Das Bild, das solche Geschichten hervorrufen - das eines Ortes, an dem niemand ein normales Leben führen kann und wo die Menschen nicht nur unterdrückt sind, sondern auch ohne Nahrung leben müssen - dieses Bild hat wenig Bezug zur Realität in Eritrea. Wie diese Realität wirklich aussieht, interessiert jene nicht, die eine bestimmte Darstellung aufrechterhalten und in der Tat den Informationsfluss sowie die Analyse zu Eritrea kontrollieren wollen. Dies führt mitunter zu geradezu bizarren Konsequenzen. Während meiner Arbeit mit Eritreischen Flüchtlingen in Tel Aviv im März 2012 wurde mir beispielsweise von einem selbsternannten politischen Führer gesagt, dass es „keine jungen Menschen mehr unter den 5 Millionen (Bevölkerung) in Eritrea gebe und dass von diesen 5 Millionen nur noch 1 Millionen im Land lebten“. Als ich ihm entgegenhielt, ich sei vor wenigen Monaten in Eritrea gewesen und Asmara sei voll von jungen Menschen, bezichtigte er mich der Lüge. Es ist ja noch verständlich, dass ein Mitglied einer Organisation, deren Ziel letztlich der Sturz der eritreischen Regierung ist, ein eindeutiges Interesse an einer solchen Darstellung Eritreas gegenüber der israelischen Bevölkerung hat, zumal diese in Fragen Eritreas eher ahnungslos ist. Dasselbe Verhalten wird aber dann besorgniserregend, wenn es von einer Organisation wie Amnesty International gezeigt wird. In deren Büro in Tel Aviv war ich zu meinem Besuch 2011 in Eritrea befragt worden.

Als ich von dem widersprüchlichen Bild berichtete, das ich vor Ort vorfand, und auch davon erzählte, dass zu meinem Erstaunen Leute überall sehr interessiert waren an kritischen politischen Diskussionen, sagte der/die für Eritreer zuständige MitarbeiterIn in Israel: „Wir wollen nicht wirklich hören, dass die Situation nicht durchgehend schlecht ist. Unsere Kampagne ist darauf aufgebaut, das Bild von einer 100 % unterdrückerischen Regierung zu zeichnen“. In der Folge wurde ich von einer lautstarken Gruppe selbsternannter Führer der eritreischen Flüchtlingscommunity in Tel Aviv daran gehindert, eine Einführungsrede an Freiwillige einer lokalen Hilfsorganisation zu halten. Die Mechanismen (einschließlich einschüchternder Telefonanrufe) spiegeln jene der jungen PFDJ wieder. Jener Gruppe von Unterstützern der Regierung, welche bekannt dafür sind, sehr gut organisiert zu sein und sehr effizient öffentliche, akademische oder andere Treffen zu stören, welche in westlichen Städten zum Thema Eritrea stattfinden.

Eritreer sind sich sehr wohl darüber im Klaren, wie ihr Land dargestellt wird. Sie sind eben nicht von der Welt abgeschnitten, wie dies in den vorherrschenden Darstellungen unterstellt wird. Demzufolge wiederholen die, welche ohne Unterdrückung das Land verlassen, immer wieder die gleichlautenden Geschichten, wie sie in den Medien und den Berichten der Menschenrechtsorganisationen zu finden sind. Diese lassen sich in der Aussagen zusammenfassen „als junger Mensch kann man in Eritrea nicht leben“, wobei „jung“ sich bis zum Alter von 50 zieht - dem Höchstalter für den kombinierten Militär- und Zivildienst. Das vermischt die Berichte derer die geflüchtet sind, weil sie tatsächlich inhaftiert waren, oder den endlosen Nationaldienst leisten mussten, mit jenen, die ein normales Leben geführt hatten und sich dennoch entschlossen, sich der Flüchtlingsbewegung anzuschließen. Dieses „Imitations-Verhalten“ - in den Worten Bariagabers, lässt sich wiederum in Aussagen zusammenfassen wie „Ich stellte mir vor, dass die Leute in ein besseres Leben gehen, als ich sie weggehen sah“. Diese Aussagen müssen auch im weiteren historischen Kontext der Wanderungsbewegungen der Eritreer gesehen werden.

Über lange Zeiträume sind Eritreer in andere Länder ausgewandert, um dann die in der Heimat Verbliebenen wirtschaftlich unterstützen zu können. Dieser Umstand wiederum führt zu einem unguuten Gefühl bei denen, die sich entschlossen haben im Land zurückzubleiben.

Diese Dynamiken werden anhand eines Parade-Beispiels offensichtlich, das kürzlich in den Medien verbreitet wurde. Es widerspricht dem Narrativ der „in Flüchtlingsboote gedrängten“ Eritreer und zeigt auf, dass Flüchtlinge und Migranten ganz klare Vorstellungen davon haben, wo sie leben wollen. Die Begebenheit ist die eines griechischen Offiziers, der eine Gruppe von Flüchtlingen rettete, nachdem diese an einem Felsen vor Rhodos aufgelaufen waren.

Eine von jenen die gerettet wurden war Nebiat, eine eritreische Frau. Das Bild, welches zeigt wie sie aus dem Wasser getragen wird, wurde zum „Symbol für Verzweiflung und Tapferkeit“. Wir erfahren dann, dass ihre Eltern \$ 10.000 für Ihre „Reise in die Freiheit“ bezahlt hatten, dass Sie mit falschen Papieren nach Istanbul geflogen war, von dort das Unglücksboot nach Griechenland nahm mit der klaren Entscheidung, letztendlich nach Schweden zu kommen. Warum genau sie Eritrea verließ erfahren wir nicht, abgesehen von, Krieg, Diktatur und Unterdrückung im fernen Eritrea. In der Zwischenzeit hat sie ihre Reise fortgesetzt. Das freizügige Eingestehen, dass die Eltern für ihre Flucht bezahlt haben, widerspricht auch der häufig geäußerten Behauptung, dass Menschen die Eritrea illegal verlassen anschließend ihre Verwandten dort verleugnen müssen, da diese sonst durch die eritreische Regierung inhaftiert und/oder bestraft würden.

Die Toten im Mittelmeer werfen Fragen auf, nicht nur zur Schuld der EU, sondern auch zur Verantwortung jener Länder, aus denen viele der Ertrunkenen stammen. Die Analyse der politischen Dynamiken in diesen Ländern sollte aber nicht missbraucht werden für einen „moralischen Zeigefinger“ - der den Verurteilungen der Menschenrechts Lobby zu Grunde liegt - welche versucht, all jene zu demoralisieren, die ihre Meinung nicht teilen. Die Analyse sollte ebenso wenig von Bestrebungen angetrieben werden, die Anzahl derjenigen zu begrenzen, welche versuchen nach Europa zu kommen, und ihnen quasi die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Viele von denen die fliehen und den Nationaldienst als Grund nennen, betonen dass sie „frei“ sein wollen. Dies verbindet den derzeitigen „Exodus“ aus Eritrea mit all den jungen Menschen aus Afrika die, so schreibt es Ferguson in seinem Buch „Global Shadows“ - getrieben sind vom „Wunsch der Zugehörigkeit“. Tatsächlich ähneln die Geschichten der eritreischen Flüchtlinge über ihre Fluchtmotive die ich in Tel Aviv gehört habe auffallend jenen, welche ich von Senegalesen in Thessaloniki gehört habe. Unter Eritreern ist der Drang ins Ausland noch dadurch verstärkt, dass fast jede eritreische Familie Mitglieder in der Diaspora hat - oftmals seit vielen Jahrzehnten.

Dies wiederum bringt uns zurück zu den Toten im Mittelmeer. Die Menschen sterben nicht aufgrund von Unterdrückung und Kriegen an den Orten aus denen Sie kommen, sei dies Eritrea, Syrien oder eines der vielen anderen Länder aus denen die Passagiere der überladenen Fischerboote stammen. Sie sterben, weil es keinen legal Weg nach Europa gibt, weder für Asylsuchende noch solche, die ein besseres Leben oder Arbeit suchen, ganz unabhängig davon, ob ihre Fähigkeiten benötigt werden oder nicht. Das Recht auf politisches Asyl ist im Internationalen Recht klar definiert. Wer einen rechtsgültigen Grund hat, sollte ihn vorbringen können, ohne vorher sein Leben riskieren zu müssen. Das wird jenen verweigert, die Boote in Libyen oder an anderen Orten besteigen. Darum muss die EU eine Einwanderungspolitik entwickeln, die klaren Regeln folgt aber die Einreise möglich macht. Schließlich werden Mitarbeiter in allen Bereichen gesucht, sowohl ausgebildete, als auch ungelernete. In Bezug auf Eritrea sollte man erneute Bemühungen für ein Engagement mit Eritrea begrüßen, wie dies von einigen propagiert wird. Rufen nach „Intervention“, wie zum Beispiel von der vormaligen Kolonialmacht Eritreas, Italien, sollte mit Vorsicht begegnet werden.

Im Blick auf das Auswandern der Jugend wird abzuwarten bleiben, ob die Aussicht auf bzw. die tatsächliche Demobilisierung und Begrenzung des Nationaldienstes auf 18 Monate - wie von der eritreischen Regierung angekündigt - und darüber hinaus eine neue politische Kultur, basierend auf Regelungen eines Rechtsstaates, den Wunsch dämpfen werden, sich jenen anzuschließen, die sich auf den Weg in eine hoffnungsvollere Zukunft gemacht haben. Darauf zu wetten scheint eher naiv, angesichts einer globalen Ordnung, welche auf zunehmender Ungleichheit und Ausgrenzung basiert.

Quelle:

Tanja R. Müller: Death in the Mediterranean and the representation of Eritrea: Looking beyond manufactured narratives of oppression, <https://tanjarmueller.wordpress.com/2015/05/31/death-in-the-mediterranean-and-the-representation-of-eritrea-looking-beyond-manufactured-narratives-of-oppression/>, veröffentlicht am 31.05.2015.